



EZB-Chef Trichet fordert die Politik zu raschem Handeln auf: Die Schuldenkrise habe "globale Ausmaße" und sei eine Krise von "systemischer Dimension". Euro-Gruppen-Chef Juncker schloss einen drastischen Schuldenschnitt für Griechenland nicht aus.

## WirtschaftsBlatt

Donnerstag, 13. Oktober 2011 a

### **Trichet warnt: Euro-Krise hat "systemische Dimension" erreicht**

**Der scheidende EZB-Chef Jean-Claude Trichet fordert vor EU-Parlamentariern die Regierungen auf, gemeinsam und rasch zu handeln. Die Euro-Krise habe systemische Dimensionen erreicht.**



Jean-Claude Trichet

Mit einem dramatischen Appell hat der scheidende EZB-Präsident Jean-Claude Trichet Europa in der Schulden- und Bankenkrise zu raschem Handeln aufgefordert. Die Krise sei von "systemischer Dimension" und bereits von kleineren auf größere EU-Staaten übergesprungen, warnte Trichet am Dienstag vor dem Wirtschafts- und Währungsausschuss des Europaparlaments. Dort sprach er als Chef des Europäischen Systemrisikorats (ESRB) - eine Art Frühwarnsystem, das eigens als Reaktion auf die zurückliegende Finanzkrise geschaffen wurde.

Der Ende des Monats aus dem Amt scheidende EZB-Chef nutzte seinen letzten Auftritt vor dem Parlament in Brüssel, um der Politik vor dem EU-Gipfel am 23. Oktober den Ernst der Lage vor Augen zu führen: "Wenn Probleme auftauchen, müssen sie so schnell und wirksam bekämpft werden wie möglich."

Es sei keine Frage, dass die Banken in Europa rekapitalisiert werden müssten. "Das ist Teil unserer Botschaft. Entscheidungen müssen getroffen werden - und zwar so schnell wie möglich." Nun sei Krisenmanagement gefragt, betonte Trichet - zumal die Staatsschuldenkrise "globale Ausmaße" angenommen habe.

Die Lage an den Märkten sei nicht nur in Europa angespannt. "Die hohe Schwankungsanfälligkeit an den Aktienmärkten zeigt, dass sich die Spannungen weltweit über die Kapitalmärkte ausgebreitet haben." Die stark vernetzte Finanzbranche in Europa kämpfe mit Ansteckungsrisiken. Diese bedrohten die Finanzstabilität in der EU als Ganzes und beeinträchtigten die Realwirtschaft in Europa und darüber hinaus.

Zuletzt hatte die Krise des französisch-belgischen Staatsfinanziers Dexia ein Schlaglicht auf die heikle Lage geworfen. Die stark in griechische Staatsanleihen investierte Bank gilt als erstes Opfer der Euro-Krise. Sie musste von Belgien, Frankreich und Luxemburg mit Staatsgarantien in Höhe von 90 Milliarden Euro aufgefangen werden und wird nun zerschlagen. Die Entscheidungen gingen in die "richtige Richtung" und müssten nun rasch umgesetzt werden, sagte der EZB-Chef dazu.

Er sehe "aufwärtsgerichtete Risiken" für eine Ausweitung der Krise, sagte Trichet. Nun sei eine entschiedene Reaktion erforderlich. Der EU-Gipfel war ursprünglich für Montag nächster Woche geplant, dann aber um sechs Tage auf den darauffolgenden Sonntag verschoben worden. Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy hatten sich jüngst bereits darauf verständigt, bis Ende Oktober ein Gesamtpaket zur Lösung der Euro-Krise vorlegen zu wollen. Die deutsche Regierung dringt darauf, dass im Notfall alle Banken ihr Kapital erhöhen müssen, um die Märkte von ihrer Krisenfestigkeit zu überzeugen. Sie sollen dabei aber die Möglichkeit bekommen, sich die Mittel zunächst an den Märkten selbst zu beschaffen.

Hintergrund der Überlegungen ist die drohende Pleite Griechenlands. Investoren befürchten, dass nach einer solchen staatlichen Insolvenz andere hoch verschuldete Euro-Länder ebenfalls Probleme bekommen könnten. Im Bankensektor regt sich jedoch Widerstand gegen eine staatlich verordnete Rekapitalisierung. Damit könne sogar "ein Teufelskreis in Gang kommen", warnte der Hauptgeschäftsführer des Privatbankenverbandes BdB, Michael Kemmer. "Wenn jetzt die europäischen Staaten wieder neues Geld aufnehmen, um es den Banken zu geben, verstärkt das möglicherweise die Sorge der Investoren über die Rückzahlungsfähigkeit der Staaten."

Trichet sieht jedoch Vorteile darin, wenn der Euro-Rettungsschirm EFSF den Regierungen Geld zur Rekapitalisierung der jeweiligen nationalen Banken zur Verfügung stellen würde. Er halte jedoch nichts davon, dem EFSF wie einer Geschäftsbank eine Refinanzierung über die Europäische Zentralbank (EZB) zu ermöglichen, betonte Trichet, der Anfang November als EZB-Chef von dem Italiener Mario Draghi abgelöst wird.

(APA/Reuters)